



Internationaler Protest gegen isländischen Walfang

Internationaler Protest gegen isländischen Walfang
Bundesminister Schmidt: "kommerzieller Walfang ist inakzeptabel"
Bundesminister Christian Schmidt hat an die isländische Regierung appelliert, die Jagd auf Wale einzustellen und sich an das seit 1986 geltende internationale Walfangmoratorium zu halten.
"Kommerzieller Walfang ist inakzeptabel. Besonders die Jagd auf die stark gefährdeten Finnwale widerspricht den Regelungen des internationalen Artenschutzes", erklärte der Minister in Berlin anlässlich der Übergabe einer Protestnote der Europäischen Union an die Regierung in Reykjavik in dieser Woche.
Island hat 2009 die Jagd auf Finnwale wieder aufgenommen und im letzten Jahr 134 Tiere getötet. 2014 wurden bereits über hundert Finnwale erlegt. Da der Markt für Walffleisch in Island sehr begrenzt ist, nehmen die Exporte in andere Länder, insbesondere nach Japan, stetig zu, wo Walffleisch als Delikatesse gehandelt wird. Damit verstößt Island auch gegen das Internationale Artenschutzabkommen, das den Handel mit Produkten dieser gefährdeten Tierart verbietet.
"Eine Abkehr Islands von seiner bisherigen Walfangpolitik ist unerlässlich, wenn es sich weiter als nachhaltig wirtschaftende Fischereination darstellen und seine Absatzmärkte für Fischereiprodukte in der EU erhalten will", erklärte Schmidt. In jüngster Zeit sei bereits ein namhaftes deutsches Fischverarbeitungsunternehmen in die Kritik geraten, weil es Fischereierzeugnisse aus Island importiere.
Die Bundesregierung lehnt den kommerziellen Walfang entschieden ab. Seit 1986 gilt mit deutscher Unterstützung ein Moratorium für den kommerziellen Walfang, das mit Ausnahmen für indigene Völker jeglichen Walfang verbietet. Deutschland tritt auf internationaler Ebene nachdrücklich für die Beibehaltung des Walfangmoratoriums und für ein umfassendes Verbot des Handels mit Walffleisch und Walprodukten ein. So auch in dieser Woche: Noch bis zum 18. September 2014 findet in Portoroz, Slowenien die 65. Vollversammlung der Internationalen Walfangkommission (IWC) statt. Zudem will Deutschland erreichen, dass auch Kleinwale, die bisher nicht unter den Schutz fallen, künftig unter Schutz gestellt werden.
Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)
Rochusstraße 1
53123 Bonn
Telefon: +49 22899 529-3179
Mail: poststelle@bmel.bund.de
URL: <http://www.bmel.de>

Pressekontakt

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)

53123 Bonn

bmel.de
poststelle@bmel.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)

53123 Bonn

bmel.de
poststelle@bmel.bund.de

Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft ist innerhalb der Bundesregierung zuständig für verbraucher- und ernährungspolitische Fragen, die Lebensmittelsicherheit und das Veterinärwesen, den Tierschutz, Regelungen im Bereich der landwirtschaftlichen Erzeugung und der Marktpolitik, Angelegenheiten des ländlichen Raums, der agrarsozialen Sicherung sowie der Forst- und Fischereipolitik.